350010-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauleistungen im Hochbau – ÖPP-Projekt BPOLI BER SF1 NB Rückführungsgebäude (VOEK 690-25)
OJ S 97/2026 21/05/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Stabsbereich Einkauf - Abt. 5 Vergabe (VOEK)
E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de
Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: ÖPP-Projekt BPOLI BER SF1 NB Rückführungsgebäude (VOEK 690-25)
Beschreibung: Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist die Vergabe von Planung, Errichtung sowie Instandhaltungs- und Betriebsdienstleistungen des Neubaus des Rückführungsgebäudes für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf den Flächen des Flughafens Berlin-Brandenburg (FBB). Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. § 3 EU Nr. 3 VOB/A durchgeführt. Der Neubau ist nach den Vorgaben des Raumprogramms und der Funktionalanforderungen (T2_B1_1_001_Planungs-, Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsbeschreibung; T2_B2_1_001_Lage, Architektur, Raum und Funktionsbeschreibung LARF; T2_B3_1_001_Funktionale Leistungsbeschreibung Gebäudemanagement; T2_B4_1_001_Vorgaben BImA_FBB_BPOL_BUND; T2_B5_1_00_Planungsrecht_Sparten_Kataster; T2_B6_1_00_Gutachten) zu planen, zu errichten und der Auftraggeberin ab mängelfreier Übergabe des Bauvorhabens einschließlich ausgewählter Betriebsdienstleistungen zur Verfügung zu stellen (dies für einen Zeitraum von 30 Jahren abzüglich der Planungs- und Bauphase).
Kennung des Verfahrens: 26eb663f-9479-4e87-8cc0-679079ca0a2e
Interne Kennung: VOEK 690-25-
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau
Zusätzliche Einstufung (cpv): 45213331 Bau von Flughafengebäuden, 50700000 Reparatur und Wartung von Einrichtungen in Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 90900000 Reinigungs- und Hygienedienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönefeld
Postleitzahl: 12529
Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens: Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3. Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5. Bewerberreduzierung; Sofern es mehr geeignete Bewerber geben sollte, als zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollten, wird ein von der Vergabestelle eingesetztes Gremium anhand des Bewertungssystems die Bewerber festlegen, die nach Auswertung der Bewerbungen jeweils zeitgleich zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden. Die Auftraggeberin wird max. 5 Bewerber/Bewerbergemeinschaften mit positiver Eignungsprognose für das weitere Verfahren auswählen. Die Auftraggeberin behält sich vor, bei Unterschreitung der Mindestzahl von drei zulassungsfähigen Bewerbungen das vorliegende Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben. Sollte die Prüfung ergeben, dass mehr als die angegebenen maximalen Bewerber /Bewerbergemeinschaften die geforderten Anforderungen erfüllen, so wird die Auftraggeberin die zur Abgabe eines Angebotes aufzufordernden Bewerber auswählen, die die Eignungsvoraussetzung am besten erfüllen. Um dies zu ermitteln, wird die Auftraggeberin die Reduzierung nach der Anlage T1_A1_001 Wertungsmatrix Teilnahmewettbewerb vornehmen. Die Bewerber mit der höchsten Punktsumme werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Einreichung von Teilnahmeanträgen: Teilnahmeanträge sind fristgerecht bis zum Ende der Teilnahmefrist und ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) in Textform nach § 126b BGB elektronisch zu übermitteln. Die Teilnahmeanträge müssen nicht mit einer besonderen elektronischen Signatur versehen werden. Auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge außerhalb der e-Vergabeplattform des Bundes, wie beispielsweise durch Telefax, Telegramm, Telex oder E-Mail, sind nicht zugelassen und führen zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren. Die Verwendung der von der Auftraggeberin vorgegebenen Formulare ist zwingend. Auskünfte, Vollständigkeit der Unterlagen, Bewerber-/Bieterfragen Auskünfte werden ausschließlich über die Vergabeplattform erteilt. Die bereitgestellten Vergabeunterlagen sind vom Bewerber/Bieter unverzüglich eingehend zu prüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten oder scheinen die Vergabeunterlagen nicht verständlich oder widersprüchlich bzw. unvollständig oder aus anderen Gründen zu beanstanden, so hat der Bewerber/Bieter die Aufraggeberin hierauf unverzüglich in Textform über die Vergabeplattform unter „Frage einreichen“ hinzuweisen. Es wird auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB hingewiesen, nach der einem Bewerber/Bieter, der einen entsprechenden Hinweis unterlässt, die Berufung auf diesen Umstand zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr möglich ist (Präklusion). Fragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) unter Nutzung des Formblattes „FB Frage-Antwort“ bis spätestens zum 18.06.2026 einzureichen. Anfragen, die auf anderem Weg übermittelt werden, können nicht berücksichtigt werden. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. Die Auftraggeberin wird die eingegangenen Fragen sammeln und in angemessener Frist beantworten. Die Auftraggeberin wird rechtzeitig eingehende Fragen sowie ergänzende und berichtigende Angaben spätestens sechs Tage vor Ablauf der Teilnahme- sowie vor der Angebotsfrist in Form eines Fragen- und

Antwortkataloges auf der oben genannten Vergabeplattform veröffentlichen. Die Auftraggeberin ist auch um die Beantwortung nicht rechtzeitig eingehender Fragen bemüht, kann deren Beantwortung allerdings nicht zusichern. Sofern sich an den Vergabeunterlagen aufgrund der Beantwortung von Fragen Änderungen ergeben sollten, behält sich die Auftraggeberin vor, entsprechende aktualisierte Fassungen der jeweiligen Dokumente auf der Vergabeplattform der Kontaktstelle zur Verfügung zu stellen. Die zur Verfügung gestellten anonymisierten Fragen und Antworten werden verbindlicher Teil der Vergabeunterlagen und sind im Rahmen der Erstellung der Teilnahmeanträge sowie Erstellung der Erstangebote zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die während der Phase der Verhandlungen und der finalen Angebote beantworteten Fragen. Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich. Interessierten Unternehmen wird es allerdings empfohlen, sich frühzeitig auf der Vergabeplattform zu registrieren und die Teilnahme am hiesigen Vergabeverfahren zu aktivieren, um automatisch über Informationen zum Vergabeverfahren eine gesonderte Benachrichtigung zu erhalten. Ungeachtet dessen sind die Teilnehmenden verpflichtet, sich während des gesamten Vergabeverfahrens regelmäßig und eigenverantwortlich über den aktuellen Sachstand (zum Beispiel neue Bieterinformationen und/oder neue Unterlagen) der Ausschreibung zu informieren. Sie haben selbstständig regelmäßig zu überprüfen, ob neue Mitteilungen an der bezeichneten Stelle hinterlegt wurden. Eine separate Information an die Teilnehmenden durch die Auftraggeberin erfolgt nicht. Die Mitteilungen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind bei der Ausarbeitung der Teilnahmeanträge und Angebote zugrunde zu legen. Hinweis zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients und die Webanwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit „Anwendungen “ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bewerber/Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen sowie die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die technischen Parameter der zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung AnA-Web und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web bzw. der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selbst und der elektronischen Werk-zeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf https://www.evergabe-online.info bereit. Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk: Telefon: +49 (0) 22899 -610 -1234 E-Mail: ticket@bescha.bund.de Geschäftszeiten: Mo-Do: 08:00 bis 16:00 Fr: 08:00 bis 14:00

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - VOB/A EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: § 123 GWB (Zwingende Ausschlussgründe) sowie § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) bzw. §6e EU VOB/A - diese werden mittels Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" überprüft. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft individuell nachzuweisen.

Korruption: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Betrug oder Subventionsbetrug: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Bildung krimineller Vereinigungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Bildung

terroristischer Vereinigungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Einstellung der beruflichen Tätigkeit: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Insolvenz: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Interessenkonflikt: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Schwere Verfehlung: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: Es gelten die §§ 123, 124 GWB. Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die §§ 123, 124 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: ÖPP-Projekt BPOLI BER SF1 NB Rückführungsgebäude
Beschreibung: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist beauftragt, für die Bundespolizei (BPOL), konkret die Bundespolizeiinspektion am Flughafen Berlin-Brandenburg (BPOLI BER), ein Rückführungsgebäude zu errichten. Dieses ist gemäß der Aufgabenerfüllung der Bundespolizei zur Durchführung von Einzel- und Sammelrückführungen zu betreiben und instand zu halten. Das Gebäude soll zwingend an der Land-Luft-Grenze des Flughafen Berlin Brandenburg positioniert sein und die BPOLI BER bei ihrem gesetzlichen Auftrag zur Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen unterstützen. Der Neubau des Rückführungsgebäudes BPOLI BER SF1 steht im Kontext einer Neustrukturierung, und soll Kapazitäten für bis zu zwei Sammelrückführungen bieten, die parallel zueinander erfolgen können, sowie zusätzlich Kapazitäten für zeitgleich durchzuführende Einzelrückführungen und Möglichkeiten zur Durchführung polizeilicher Sonderlagen ermöglichen. Je Sammelrückführung sollen hierbei bis zu 100 Personen zurückgeführt werden können. Die Sammelrückführungen sollen dabei von bis zu 325 unterstützenden Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten begleitet werden können. Insgesamt müssen daher Flächen für bis zu 200 rückzuführende Personen, 45 Stammkräfte der BPOLI BER, 650 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte und ca. 30 weitere Vertreterinnen- und Vertreter von Behörden, Organisationen und des Flughafens geschaffen werden. Das Projekt umfasst eine Fläche von rund 4.100 m² Nutzfläche und muss 697 Arbeitsplätze (AP) sowie 263 Stellplätze beinhalten. Von den insgesamt 697 AP entfallen 21 AP auf büroplatzbegründete Stellen der Bundespolizei (BPOL). Der gebilligte Stellenplan 2024 gemäß der Richtlinie für die Durchführung von Bauaufgraben des Bundes (RBBau) sieht insgesamt 45 Stellen für die BPOL vor, davon 14 Mitarbeitende aus dem administrativen Bereich und 31 aus dem operativen Bereich. Weitere bis zu 650 Personen sind temporär im Rahmen von Rückführungen im Gebäude tätig. Insgesamt sind somit 695 Stellen vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) am 30.05.2024 gebilligt worden. Hinzu kommen 2 Büroarbeitsplätze für den Gebäudebetrieb des Auftragnehmers gemäß Muster 13 der BImA vom 05.04.2024. Von den insgesamt 263 Stellplätzen entfallen 258 auf den Bedarf der BPOL und 5 Stellplätze auf den Bedarf des Dienstleisters.
Interne Kennung: BPOLI BER SF1 NB

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45210000 Bauleistungen im Hochbau
Zusätzliche Einstufung (cpv): 45213331 Bau von Flughafengebäuden, 50700000 Reparatur und Wartung von Einrichtungen in Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 90900000 Reinigungs- und Hygienedienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Schönefeld
Postleitzahl: 12529
Land, Gliederung (NUTS): Dahme-Spreewald (DE406)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 30 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:
Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Eintragung in das Handelsregister
Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen zwingender und fakultativer Ausschlussgründe auf dem vorgesehenen Formblatt (Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.); 2. Eigenerklärung nach Artikel 5 k) Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 auf dem vorgesehenen Formblatt (Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.); 3. Aktueller Handelsregisterauszug (Kopie, nicht älter als 6 Monate, gerechnet ab Ende der Teilnahmefrist) (Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung und Nachweis zum Bestehen oder Eigenerklärung zur Bereitschaft des Abschlusses einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen- und Sachschäden in Höhe von 10 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) sowie für Vermögensschäden in Höhe von 10 Millionen Euro (je Schadensfall; 2-fach maximiert) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut auf dem vorgesehenen Formblatt. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung bzgl. der Umsätze über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Leistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre auf dem vorgesehenen Formblatt. Durchschnittlicher Mindestjahresumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre jeweils mindestens: (i) Objektplanung (Gebäude): 500.000,00 EUR, (ii) Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung: 250.000,00 EUR, (iii) Bauen: 100.000.000,00 EUR, (iv) Technischer und infrastruktureller Gebäudebetrieb: 10.000.000,00 EUR. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Anzugeben sind die Mitarbeiterzahlen der (qualifizierten) Mitarbeiter aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren auf dem vorgesehenen Formblatt. Durchschnittliche qualifizierte Mitarbeiterzahl mindestens: (i) Objektplanung (Gebäude): 7 MA (VZÄ) - als qualifizierte Mitarbeiter gelten Dipl.-Ing., M.Sc./M. Eng. oder B.Sc/B.Eng (Fachhoch- /Universitätsabschluss) der Architektur oder vergleichbarer Fachrichtungen; (ii) Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung: 3 MA (VZÄ) - als qualifizierte Mitarbeiter gelten Dipl.-Ing., M.Sc./M.Eng. oder B.Sc/B.Eng (Fachhoch- /Universitätsabschluss) der Versorgungstechnik, Haustechnik und vergleichbarer Fachrichtungen; (iii) Bauen: 10 MA (VZÄ) - als qualifizierte Mitarbeiter gelten Dipl.-Ing., M.Sc. /M.Eng. oder B.Sc/B.Eng (Fachhoch- /Universitätsabschluss) des Bauingenieurwesens oder gleichwertig sowie Techniker, gewerbliche Mitarbeiter und Personen, die Führungsverantwortung übernehmen; (iv) Technischer und infrastruktureller Gebäudebetrieb: 10 MA (VZÄ) - als qualifizierte Mitarbeiter gelten Dipl.-Ing., M.Sc./M.Eng. oder B.Sc/B.Eng (Fachhoch- /Universitätsabschluss) des Facility Managements oder vergleichbarer Fachrichtungen. Maßgeblich ist das jeweilige Vollzeitäquivalent (ein VZÄ von 1,0 entspricht der Arbeitszeit einer Vollzeitkraft (35 Stunden pro Woche). Das VZÄ für eine Teilzeitkraft, die 17,5 Stunden pro Woche arbeitet, beträgt 0,5.). Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestens eine Planungsreferenz im Bereich Objektplanung (Gebäude), welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllt: (i) Planungsleistungen der Objektplanung (Gebäude) von Neubauten oder Erweiterungen aus dem Bereich Flughäfen oder vergleichbar komplexe Bauvorhaben (Komplexität gemäß HOZ IV, Anlage 10, Objektliste 10.2, HOAI 2021); (ii) Es wurden mindestens die Leistungsphasen 2 - 5 im Leistungsbild Objektplanung (gemäß § 34 HOAI) durchgeführt; (iii) Fertigstellung der Planungsleistungen LPh 5 zwischen 01.07.2016 und dem Ende der Teilnahmefrist; (iv) Projektvolumen mind. 20 Mio. EUR/netto (KG 300 - 500 nach DIN 276). Der Nachweis ist durch Eigenerklärung inklusive Angabe der Kontaktinformationen (Name der Auskunftsperson, Telefon, E-Mail) des Referenzgebers sowie weiteren Angaben, die zur Überprüfung der Erfüllung von Mindestanforderungen erforderlich sind, auf dem vorgesehenen Formblatt zu erbringen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestens eine Planungsreferenz im Bereich Technische Gebäudeausrüstung, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllt: (i) Planungsleistungen der Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung für Neubauten oder Erweiterungen aus dem Bereich Flughäfen oder vergleichbar komplexe Bauvorhaben (Komplexität gemäß HOZ II, Anlage 15, Objektliste 15.2, HOAI 2021); (ii) Es wurden mindestens die Leistungsphasen 2 - 5 im Leistungsbild Objektplanung (gemäß § 55 HOAI) durchgeführt; (iii) Fertigstellung der Planungsleistungen LPh 5 zwischen 01.07.2016 und dem Ende der Teilnahmefrist; (iv) Projektvolumen mind. 7 Mio. EUR/netto (KG 400 nach DIN 276); (v) Es müssen Planungsleistungen für mindestens 5 der 8 Anlagengruppen (KG 410 – 480) nachgewiesen werden. Der Nachweis der Durchführung von Planungsleistungen für mindestens 5 der 8 Anlagengruppen muss nicht zwingend in einer Referenz erfolgen. Der Nachweis dieses Kriteriums kann auch durch mehrere Referenzen geführt werden. Die Referenzen werden jedoch nur gewertet, soweit sie die übrigen Mindestanforderungen jeweils erfüllen. Der Nachweis ist durch Eigenerklärung inklusive Angabe der Kontaktinformationen (Name der Auskunftsperson, Telefon, E-Mail) des Referenzgebers sowie weiteren Angaben, die zur Überprüfung der Erfüllung von Mindestanforderungen erforderlich sind, auf dem vorgesehenen Formblatt zu erbringen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestens eine Planungsreferenz im Bereich BIM-Methode, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllt: (i) Planungsleistungen der Objektplanung bei gleichzeitiger Übernahme der BIM-Gesamtkoordination bei einem Hochbauprojekt, wobei das Projekt nicht abgeschlossen sein muss, ausreichend ist der erfolgreiche Abschluss der LPh 2 - 5; (ii) Fertigstellung der Planungsleistungen LPh 5 zwischen 01.07.2020 und dem Ende der Teilnahmefrist; (iv) Projektvolumen mind. 30 Mio. EUR/netto (KG 300 - 500 nach DIN 276). Der Nachweis ist durch Eigenerklärung inklusive Angabe der Kontaktinformationen (Name der Auskunftsperson, Telefon, E-Mail) des Referenzgebers sowie weiteren Angaben, die zur Überprüfung der Erfüllung von Mindestanforderungen erforderlich sind, auf dem vorgesehenen Formblatt zu erbringen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestens eine Referenz im Hochbau als GU/TU/im ÖPP-Modell, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllt: (i) Bauleistungen von schlüsselfertigen Neubauten und/oder der Sanierung aus dem Bereich Hochbau, wobei der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft bei der Leistungserbringung als Generalunternehmer (Vornahme der Ausführungsplanung und Ausführung aller Bauleistungen) tätig geworden sein muss. Hinweis: Wurden weiterhin Planungen ab LPh 2 bis mind. einschl. LPh 5 und die Ausführung aller Bauleistungen erbracht, ist die Referenz der Leistungserbringung als TU zuzuordnen. Wurden weiterhin Betriebsleistungen über einen Mindestzeitraum von 2 Jahren

erbracht, ist die Referenz dem ÖPP-Bereich zuzuordnen; (ii) Übergabe an den Nutzer zwischen 01.07.2016 und dem Ende der Teilnahmefrist. (iii) Projektvolumen mind. 30 Mio. EUR/netto (KG 200 - 700 nach DIN 276). Der Nachweis ist durch Eigenerklärung inklusive Angabe der Kontaktinformationen (Name der Auskunftsperson, Telefon, E-Mail) des Referenzgebers sowie weiteren Angaben, die zur Überprüfung der Erfüllung von Mindestanforderungen erforderlich sind, auf dem vorgesehenen Formblatt zu erbringen inkl. Referenzschreiben des Auftraggebers. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestens eine Referenz im Bereich Technischer und infrastruktureller Gebäudebetrieb, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllt: (i) technischer und infrastruktureller Gebäudebetrieb inklusive der Instandhaltung der Gebäudesubstanz für ein Gebäude aus dem Bereich Flughäfen oder vergleichbar komplexer Bauvorhaben (Komplexität gemäß HOZ IV, Anlage 10, Objektliste 10.2, HOAI 2021); (ii) Mindestens für die Dauer von zwei Jahren innerhalb des Zeitraums vom 01.07.2016 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erbracht. (iii) 5.000 m2 BGF (nach DIN 277) bewirtschafteter Gebäudefläche einschließlich der Betreuung der Technischen Ausrüstung der Gewerke der KG 410 - 480 nach DIN 276 (Abwasser, Wasser, Gasanlagen; Wärmeversorgungsanlagen, lufttechnische Anlagen, Starkstromanlagen, fernmelde und informationstechnische Anlagen, Förderanlagen, nutzungsspezifische Anlagen, Gebäudeautomation). Der Nachweis ist durch Eigenerklärung inklusive Angabe der Kontaktinformationen (Name der Auskunftsperson, Telefon, E-Mail) des Referenzgebers sowie weiteren Angaben, die zur Überprüfung der Erfüllung von Mindestanforderungen erforderlich sind, auf dem vorgesehenen Formblatt zu erbringen. Es handelt sich um eine Mindestanforderung. Nichterfüllung führt zum Ausschluss.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Angebotsqualität
Beschreibung: Bei der Bewertung des wirtschaftlichsten Angebotes geht die Angebotsqualität zu 60% in die Bewertung ein. Davon: Lage/Architektur 10%, Funktionalität 25%, Qualität TGA /Energiekonzept/Nachhaltigkeit 20%, Prozessqualität Planung/Bau: Terminplan /Personalkonzept Planung/Bauphase/BE-Konzept/IAÜ 25% und Prozessqualität Betrieb /Gebäudemanagement 20%.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 60
Kriterium:
Art: Preis

Bezeichnung: Barwert aller Zahlungsströme
Beschreibung: Im Rahmen der Bewertung des Zuschlagskriteriums "Wertungsbarwert" erhält der Bieter mit dem günstigsten Angebotspreis die höchste Punktzahl. Die Wertung erfolgt inkl. der Angaben aus Formblatt T2_C2_1_006 Optionale Leistungen (Barwert). Angebote mit einem Angebotspreis von 100% über dem Angebot mit dem geringsten Barwert erhalten 0 Punkte. Zwischen diesen Werten wird linear interpoliert (Pi=(1−((Bi/Bmin−1)100%))x400; Pi = Punktzahl des zu bewertenden Angebots für das Kriterium; Bmin = niedrigster Barwert (Summe der Barwerte) im Wettbewerb; Bi = Barwert (Summe der Barwerte) des zu bewertenden Angebots; 400 = erreichbare Höchstpunktzahl für das Kriterium).
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt
Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=861710

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=861710
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/07/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei. Der AG behält sich vor fehlende, unvollständige und /oder fehlerhafte Nachweise, Unterlagen und Erklärungen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern/Bietern nachzufordern.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Im Rahmen der Projektarbeit wird die Be- bzw. Erarbeitung von Unterlagen mit der Einstufung VS-Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) erforderlich. Hierfür hat der Auftragnehmer die Anforderungen der Verschlusssachenanweisung (VSA) sowie des Handbuches für den Geheimschutz in der Wirtschaft (GHB) zu beachten. Den Anweisungen der Auftraggeberin ist zwingend nachzukommen. Das „Merkblatt über die Behandlung von Verschlusssachen (VS) des Geheimhaltungsgrades VS-NfD“ sowie „GHB – Anlage 2“ und „GHB – Anlage 4“ sind zwingend unverzüglich nach Vertragsschluss unterzeichnet einzureichen und werden Vertragsbestandteil.
Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Die Anlagen T2_B1_1_001, T2_B2_1_001, T2_B2_1_002, T2_B3_1_001, T2_B4_1_010, T2_B4_1_011, T2_B4_1_012, T2_B4_1_014, T2_B5_1_002, T2_B5_1_004 und T2_B5_1_005 sind vertraulich und werden daher nur gegen Übersendung der vom Bewerber/Bieter unterzeichneten Verschwiegenheitserklärung zur Verfügung gestellt. Die Verschwiegenheitserklärung ist über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform als PDF-Datei mit dem Betreff: Verschwiegenheitserklärung im Vergabeverfahren „ÖPP-Projekt BPOLI BER SF1 NB Rückführungsgebäude“ einzureichen.
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Informationen über die Überprüfungsfristen: 1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungsoder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass sämtliche vorgenannten Fristen für die Erhebung von vergaberechtlichen Rügen gegenüber der Auftraggeberin und die Fristen für die Wahrung der Zulässigkeit eines Nachprüfungsverfahrens zu beachten sind.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Stabsbereich Einkauf - Abt. 5 Vergabe (VOEK)
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Stabsbereich Einkauf - Abt. 5 Vergabe (VOEK)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Stabsbereich Einkauf - Abt. 5 Vergabe (VOEK)
Registrierungsnummer: 991-80032-33
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: verdingung@bundesimmobilien.de
Telefon: 000
Internetadresse: https://www.bundesimmobilien.de/
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0001
Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Registrierungsnummer: 022894990
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 (0)228 94 990
Fax: +49 (0)228 94 99-163
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002
Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1b001a58-620e-444c-ab03-6cbb0a19c1ec - 02
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/05/2026 07:43:24 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 350010-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 97/2026
Datum der Veröffentlichung: 21/05/2026